

# Moralischer Bankrott – Die europäische Flüchtlingspolitik ist gescheitert

Wolfgang Bosbach, Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestags, am 28.02.2011 in »The European«:  
 »Aber Frontex alleine wird nicht in der Lage sein, gemeinsam mit den europäischen Mittelmeerstaaten diese EU-Außengrenzen wirksamer zu schützen, hierfür brauchen wir auch eine enge Kooperation mit den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge bzw. mit den Transitländern, über die sie in Richtung Europa ausreisen. Vor einiger Zeit ist es Italien gelungen, ein entsprechendes Abkommen mit Libyen zu schließen. Eine ähnliche Vereinbarung sollte nunmehr mit Tunesien angestrebt werden.«

## Karl Kopp

Die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid/Tunesien war das traurige Fanal einer epochalen Entwicklung in den nordafrikanischen Staaten und weit darüber hinaus. Auf die Demokratiebestrebungen in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderswo war und ist die EU nicht vorbereitet. Europa verliert im Zuge der revolutionären Umwälzungen seine willfähigen Partner bei der Flüchtlingsbekämpfung. Die jahrelange Kooperation mit diktatorischen Regimen bei der Flüchtlingsbekämpfung und im sogenannten Krieg gegen den Terrorismus ist eine moralische Bankrotterklärung. Europa, das sich außer in Sonntagsreden nicht um Demokratie und Menschenrechte scherte, muss sich völlig neu ausrichten. Auch wenn wir heute noch nicht wissen, wer das künftige Libyen regiert und wie die Demokratisierungsprozesse in Tunesien, Ägypten und anderswo weitergehen: Die alte Geschäftsgrundlage – Geld für Diktatoren bei der Flüchtlingsabwehr, egal wie hoch der menschenrechtliche Preis ist – existiert nicht mehr. Ob Europa aus dem Scheitern seiner fata-

len Flüchtlings- und Nachbarschaftspolitik lernt, ist fraglich.

## VERSENKTE MENSCHENRECHTE

Zur Erinnerung: Im Mai 2010 feierte die EU-Grenzagentur Frontex ihr fünfjähriges Bestehen. In dieser halben Dekade sind tausende Bootsflüchtlinge auf dem Weg nach Europa gestorben und über 10.000 zwangsweise in Drittstaaten wie Libyen, Marokko, Mauretanien, die Türkei zurückverfrachtet worden. Mit der EU-Grenzagentur Frontex versucht Europa, bereits weit vor den eigenen Grenzen Flüchtlinge und Migranten abzufangen und zurückzudrängen. Damit verschwinden die Orte der Menschenrechtsverletzungen und des Sterbens aus unserem Blickfeld. Gelangten im Jahr 2008 etwa 70.000 Bootsflücht-

linge lebend an die europäischen Küsten, so registrierte Frontex bereits 2009 nur noch knapp 45.000 Ankünfte. In den Sommermonaten 2010 war die Anzahl der ankommenden Boote so gering, dass selbst die alljährliche Berichterstattung über Flüchtlingsdramen im Mittelmeer und Atlantik weitgehend ausfiel.

Die italienische Küstenwache hat allein seit Mai 2009 über 2.000 Bootsflüchtlinge in die »libysche Hölle« zurückverwiesen. In den Auffanglagern dort kam es regelmäßig zu Misshandlungen, Vergewaltigungen, Folter und Ermordungen – so das Europäische Parlament am 17. Juni 2010. Italiens Innenminister Maroni lobte dagegen die gemeinsamen Operationen mit Libyen und sprach von einem »Modell für Europa«. Italien versenkte die Men-

## Eritreische Flüchtlinge gestrandet in Libyen

»Ich habe fünf Jahre in Libyen gelebt. 2007 habe ich versucht nach Italien zu gelangen. Die libysche Küstenwache hat das Boot abgefangen und uns nach Libyen zurückgebracht. Dann war ich eingesperrt im Misratah Internierungslager. Drei Jahre war ich dort eingesperrt.

Es war wirklich hart, Gewalt war an der Tagesordnung. Mit mir zusammen waren 700 weitere Migranten eingesperrt, die meisten aus Eritrea.

Hier drüben in Benghazi sind weitere Migranten mit mir, die von Italienern nach Libyen zurückgedrängt wurden, als sie sich der italienischen Küste näherten. Jetzt, hier in Benghazi, lebe ich in einem Gebäude, das vom libyschen Halbmond betrieben wird. Wir dürfen nur mit einer Erlaubnis des Roten Halbmonds raus. Allerdings möchte niemand von uns nach draußen, weil wir zu viel Angst haben.«

(Quelle: migreurope/März 2011)

schenrechte im Mittelmeer und die EU-Kommission, die Mitgliedsstaaten, auch Deutschland, haben geschwiegen. Statt die Regierung in Rom zu sanktionieren, verhandelte Brüssel unter Hochdruck mit Tripolis über ein »Kooperations- und Partnerschaftsabkommen«, um die Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsbekämpfung zu intensivieren. Jahrelang hofierten die EU und ihre Mitgliedsstaaten das Regime Gaddafi. Libyen wurde mit Schiffen, Grenzüberwachungstechnik, Leichensäcken und Geldern für Abschiebungsflüge beliefert.

## TABUBRUCH

Die EU-Kommissarin Cecilia Malmström hat im Oktober 2010 während eines Besuchs in Tripolis ein erstes Abkommen über Migrationszusammenarbeit geschlossen. Malmström erhielt Beifall von den EU-Innenministern: Ein bisschen »Asyl« in Libyen anstatt Schutz in Europa. Die EU wollte den libyschen Behörden beim Screening derjenigen helfen, die internationalen Schutz brauchen. Ein paar wenige Flüchtlinge könnte dann auch Europa abnehmen. Der Rest muss zurück. Alles vertraute Ideen: Als der frühere Bundesinnenminister Otto Schily 2004 sein Konzept der Flüchtlingsabwehr, »Lager in Nordafrika«, vorstellte, entbrannte allerdings noch ein Sturm der Entrüstung.

Immerhin: Die EU-Kommissarin beschrieb in ihrem Blog im Oktober 2010, dass sie nach Gesprächen mit inhaftierten Flüchtlingen in Libyen sehr schlecht geschlafen habe. PRO ASYL appellierte im September 2010 an das Europäische Parlament, die klare Verurteilung Libyens vom Juni in politisches Handeln umzusetzen und die Kommission zu stoppen. Alle Kooperationen mit dem Regime im Politikfeld Flucht und Migration sollten unverzüglich eingestellt werden.

Erst am 22. Februar 2011, als Gaddafi bereits wegen seiner blutigen Niederschlagung des Aufstands international völlig isoliert war, verkündete die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, dass die Verhandlungen mit Libyen über ein so genanntes Rahmenabkommen ausgesetzt

werden. Die Einsicht, dass man mit dem Diktator Gaddafi keine schmutzigen Deals machen kann, kam viel zu spät. Gaddafi wurde von Europa im wahrsten Sinne des Wortes jahrelang für die Flüchtlingsbekämpfung aufgerüstet. EU-Kommissarin Malmström streute zwar bei jeder Erklärung zu dieser »schwierigen Partnerschaft« ein, dass die EU-Kommission die Grundrechte von Flüchtlingen und Migranten in Libyen ins Zentrum aller Bemühungen stellen möchte. Das jahrelange Anbiedern an das libysche Regime verfolgte jedoch nur einen Zweck: Schutzsuchende um jeden Preis an der Weiterflucht nach Europa zu hindern.

## SOLIDARISCHE UND MENSCHENWÜRDIGE AUFNAHME

Die EU muss den Nachbarstaaten Ägypten und Tunesien jede erdenkliche Hilfe auch im Zusammenhang mit neu ankommenden Flüchtlingen aus Libyen zukommen lassen. Das Leben Tausender in Libyen gestrandeter Transitflüchtlinge und Migranten, die aus den Krisenländern Afrikas wie Eritrea, Somalia und dem Tschad, aber auch aus den südlicheren Ländern Afrikas flüchten, muss gerettet werden. Diese waren bereits vor der exzessiven Gewaltanwendung des Regimes gegen die Oppositionsbewegung »Freiwild« in Libyen.

UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres fordert bezogen auf die über 11.000 von UNHCR in Libyen registrierten Flüchtlinge aus Drittstaaten ein »emergency resettlement«. Die EU muss diese Transitflüchtlinge in Libyen evakuieren und in Europa aufnehmen. Deutschland sollte großzügig seinen Teil dazu beitragen.

Die EU muss sicherstellen, dass die Zurückweisung und das Abdrängen von Bootsflüchtlingen aufhören. Bootsflüchtlinge haben das Recht auf eine menschenwürdige Aufnahme in einen sicheren europäischen Hafen und auf ein rechtsstaatliches Asylverfahren. Im Falle einer verstärkten Fluchtbewegung aus Libyen oder anderen nordafrikanischen Staaten sollte eine EU-weite Verteilung der neu ankommenden Schutzsuchenden nach

humanitären Kriterien erfolgen. Europa verfügt über rechtliche Instrumentarien, um nach dem Prinzip der »doppelten Freiwilligkeit« – der Schutzsuchende und der jeweilige Aufnahmestaat stimmen zu – eine solidarische Aufnahme zu gewährleisten.

Europa kann nur dann etwas an Glaubwürdigkeit in Menschenrechtsfragen zurückgewinnen, wenn die viel zu spät erhobenen Forderungen nach Regimewechsel und Demokratisierung in Nordafrika einhergehen mit einer grundlegenden Revision der europäischen Nachbarschaftspolitik. Eine Kooperation mit diktatorischen Regimen in der Flüchtlingspolitik darf es nicht mehr geben. Diese Konsequenz und die Frage, inwieweit Europa eine menschenwürdige, solidarische Aufnahme von Bootsflüchtlingen in Zukunft gewährleistet, werden für PRO ASYL der Lackmustest sein, ob Europa zu einer menschenrechtlichen Neuausrichtung bereit ist.

## FATALE ALLIANZ: KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT GADDAFI



Bei der Abwehr von Flüchtlingen haben die europäischen Staaten jahrelang schamlos mit dem Diktator Gaddafi zusammengearbeitet. PRO ASYL kritisiert die Zusammenarbeit mit dem Regime seit langem und startete im September 2010 eine Kampagne, mit der das Europaparlament aufgefordert wurde die Kooperation zu beenden. Innerhalb kurzer Zeit schlossen sich mehrere tausend Menschen dem Appell an. Auch bei der PRO ASYL-Aktion während des Umbruchs in Nordafrika im März 2011, mit der die Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert wurde, sich für die Aufnahme von aus Libyen geretteten Flüchtlingen in Deutschland und der EU einzusetzen, beteiligten sich innerhalb weniger Tage knapp 7.000 Unterstützerinnen und Unterstützer.